



Per Mail

An die Mitglieder der
Kantonsrätlichen Kommission
für Bildung und Kultur

Zürich, 24. Mai 2022

Offener Brief zum Lehrpersonenmangel an der Volksschule: Bankrotterklärung der Bildungsdirektion – die Legislative ist nun gefordert!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der KBIK

Sie sind vom Kantonsrat und vom Souverän beauftragt, die Qualität der Volksschule im Kanton Zürich zu überwachen und sicherzustellen. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband erachtet die jüngsten Entwicklungen und die Massnahmen der Bildungsdirektion rund um den sich immer stärker manifestierenden Lehrpersonenmangel als Gefährdung für diese Qualität. Wir richten uns deshalb mit vorliegendem Schreiben an Sie und ersuchen Sie, sich mit dieser Situation zu befassen.

Ausgangslage

Am 13. April 2022 hat die Bildungsdirektion in einer Medienmitteilung offiziell einen Lehrpersonenmangel auf allen Schulstufen festgestellt – nachdem die Lehrpersonenverbände bereits seit etlichen Jahren immer wieder auf die sich verschärfende Situation hingewiesen haben. Den Grund für den Lehrpersonenmangel will die Bildungsdirektion ausschliesslich beim Zuwachs der Schülerzahlen und beim generellen Fachkräftemangel sehen. Als Reaktion beschliesst die Direktion einerseits die Weiterführung bestehender Massnahmen (individuelle Erhöhung der Pensen der Lehrpersonen, verlängerte Anstellungen über das Pensionsalter hinaus oder ein aktives Rekrutierungsmarketing von WiedereinsteigerInnen). Andererseits erhalten die Schulgemeinden als Sofortmassnahme die Möglichkeit, Arbeitskräfte als Lehrpersonen anzustellen, die nicht über die üblicherweise erforderliche Zulassung verfügen – nämlich eine von der EDK anerkannte, vollwertige und stufenadäquate pädagogische Ausbildung.

Wieso der ZLV diesen Kurs der Bildungsdirektion für nicht zielführend und in weiten Teilen sogar schädlich hält, erläutern wir weiter unten.

Aktuelle Situation beim Lehrpersonenmangel

Was die Bildungsdirektion in ihrer Kommunikation geflissentlich vermieden hat, sind konkrete Zahlen. Dies sei hier nachgeholt: Auf der Stellenplattform des Zürcher Volksschulamtes waren Mitte April über 950 Lehrpersonenstellen ausgeschrieben – so viele wie noch nie zuvor. Als Vergleich: Zum gleichen Zeitpunkt vor zwei Jahren waren es rund 580 offene Stellen, 2021 dann 670. Bei diesen Zahlen handelt es sich um feste Stellen mit



unterschiedlichen Pensen – hinzu kommen rund 200 offene Stellen von Stellvertretungen, von denen viele mit dem Vermerk «bis auf Weiteres» versehen sind. Zusammen sprechen wir also von über 5 % der Stellen der Zürcher Volksschule ab August 2022, für die sich noch keine Lösung abzeichnet.

Die Folgen sind gravierend: Bereits in den vergangenen Jahren gelang es den Gemeinden nicht mehr, alle Stellen zu besetzen. In vielen Schulen musste darum auf Stellvertretungen ausgewichen werden. Für die betroffenen Schülerinnen und Schüler und Eltern bedeutet dies in der Folge meist mehrere Lehrpersonenwechsel während des Schuljahres. Das bringt immer wieder Unruhe ins Klassengefüge, was erfolgreiches Lernen behindert. Im Sommer 2021 mussten zudem kantonsweit mehrere Klassen insbesondere auf der Kindergartenstufe aufgelöst und die Schülerinnen und Schüler auf andere Klassen verteilt werden. Und wie gesagt: Inzwischen haben sich die Zahlen weiter verschärft.

Katastrophale Wirkung – mutlose und wenig zielführende Massnahmen

Wie sind die nun kommunizierten Massnahmen der Bildungsdirektion zu beurteilen? Durch die auf ein Jahr befristeten Anstellungen mögen die Schulgemeinden mehr Flexibilität bei der Besetzung von offenen Stellen erhalten. Doch insgesamt bekämpfen die Massnahmen nur die Symptome der kränkelnden Volksschule und das höchstens kurzfristig. Bereits mittelfristig aber machen sie die Volksschule noch weiter krank, indem die Arbeit der ordentlich ausgebildeten Lehrpersonen durch den Einsatz von intensiv zu betreuendem Quasi-Hilfslehrpersonal zusätzlich erschwert wird, der Lehrberuf dadurch weiter an Attraktivität einbüsst und die Qualität der Volksschule massiv abnimmt. Wenn dann die Weiterführung bestehender Massnahmen – wie die Arbeitsverlängerung ins Pensionsalter hinein – als erfolgsversprechend taxiert wird und das Volksschulamt immer noch keinen Zusammenhang zwischen den katastrophalen Auswirkungen des neu definierten Berufsauftrags (nBA) und dem gravierenden Mangel an ausgebildetem Lehrpersonal erkennt, dann kommt das tatsächlich einer Bankrotterklärung der Bildungsdirektion gleich.

Keine der von der Bildungsdirektion portierten Massnahmen taugt dazu, den Mangel an Lehrpersonen und schulischen Fachkräften nachhaltig zu beheben. Vielmehr delegiert die Bildungsdirektion die Verantwortung für die Problematik weg von sich an die einzelnen Schulen und Schulgemeinden – ein leider in den letzten Jahren häufig zu beobachtender Mechanismus. Die Leidtragenden sind die betroffenen Klassen und Schulteams. Somit führen die Massnahmen weder zu einer Problemlösung noch zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation, stattdessen wird der Lehrpersonenmangel und die Problematik der gefährdeten Volksschulqualität unnötig in die Länge gezogen.

Wie schätzt der ZLV die Lage ein? Eine der Ursachen für den gravierenden Lehrpersonenmangel sind zum einen sicher die stetig wachsenden Schülerzahlen. Zum anderen verschärft die hohe Arbeitsbelastung und die seit Jahren ungelöste Überzeitproblematik bei den Lehrpersonen die Situation aber massgeblich: Zahlreiche Lehrpersonen reduzieren und reduzieren zum Schutz vor einem Burn-out ihr Arbeitspensum. Eine Zürcher Volksschullehrperson leistet heute im Schnitt rund acht Wochen unbezahlte Überzeit, wie Arbeitszeiterhebungen bestätigen. Diesen im Berufsauftrag zu korrigierenden Zusammenhang negiert die Bildungsdirektion leider regelmässig.



Schnellverfahren für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefordert

Wenn die Regierung nicht handelt und die Krise weiterhin mit Minimalmassnahmen bewältigen will, so ist die Legislative gefordert. Der Kantonsrat hat den Berufsauftrag unter anderem mit dem Ziel festgesetzt, die Belastung der kantonal angestellten Lehrpersonen zu senken und Überzeiten zu verhindern. Die Dokumentation der Arbeitszeit und die Evaluation haben deutlich gezeigt, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Es ist deshalb und aus den weiter oben genannten Gründen definitiv an der Zeit, endlich die Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal der Volksschule ins Visier zu nehmen und die längst überfälligen Anpassungen am Berufsauftrag umzusetzen:

- Höherer einheitlicher Lektionenfaktor für eine Jahreslektion: 62 Stunden pro Lektion (bisher 58)
- Anrechnung Funktion Klassenlehrperson: 250 Stunden (bisher 100)
- Kindergartenstufe: 100 Prozent Arbeit = 100 Prozent Lohn (Anrechnung der während des freien Spiels in den Pausen notwendigen Betreuung der Kinder als Arbeitszeit)

Die dem Berufsauftrag zugrundeliegenden Annahmen über das Verhältnis zwischen Wochenlektionen und Pensum von derzeit 28 Lektionen für ein Vollzeitpensum müssen revidiert und auf maximal 26 Lektionen abgesenkt werden.

Wenn diese und weitere Anpassungen innerhalb des nBA endlich angegangen und umgesetzt werden, so kann wieder von einem attraktiven Lehrberufsbild gesprochen werden:

- Ein Beruf, der auch längerfristig ohne krank zu machen in einem 100%-Pensum ausgeführt werden kann.
- Ein Beruf, für den viele Lehrpersonen bei passenden Rahmenbedingungen auch bereit sind, ihre Pensen wieder zu erhöhen.
- Ein Beruf, mit hohem Ansehen und Anreiz für fähige, junge Menschen und interessierte Quereinsteigende.

Dass die Umsetzung dieser Massnahmen nicht kostenneutral zu haben ist, ist uns bewusst. Doch vergessen wir nicht: Bezüglich Schulqualität stehen wir am Scheideweg. Fährt die Bildungsdirektion ihren Kurs ungehindert weiter, drohen Schäden mit Langzeitwirkung.

Der ZLV ist bereit, die kurzfristigen Massnahmen zur Entschärfung des Lehrpersonenmangels mitzutragen, sofern die Politik die geforderten langfristigen Verbesserungen mit hoher Dringlichkeit an die Hand nimmt. Wir stehen Ihnen für Auskünfte jederzeit zur Verfügung und freuen uns auf den Dialog mit Ihnen.

Freundliche Grüsse
Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV

Christian Hugli
Präsident

Daniel Kachel
Präsident SekZH

Ursina Zindel
Co-Präsidentin VKZ

Kopie an:
Regierungsrätin Dr. Silvia Steiner